

ver.di Landesbezirk Hessen
Landesbezirksleiter Jürgen Bothner
Rede 2.Jahrestag Morde Hanau



19.2.2022

Heute vor zwei Jahren sind neun Hanauerinnen und Hanauer durch einen rechtsextremistischen Terroranschlag mitten aus ihrem Leben und dem ihrer Angehörigen und ihrer Freunde und Freundinnen gerissen worden.

Dieser brutale neunfache Mord bringt immer noch Entsetzen, Schrecken und Wut hervor. Dieses Verbrechen ist nach wie vor unfassbar und lässt viele sprachlos zurück.

Doch wir dürfen nicht sprachlos sein. Wir werden heute und in aller Zukunft über diese Tat und ihre Hintergründe sprechen und wir werden die Opfer dieses Terrorakts nicht vergessen. Ihre Namen will ich hier sagen, an sie wollen wir uns erinnern:

Ferhat Unvar
Gökhan Gültekin
Hamza Kurtović
Said Nesar Hashemi
Mercedes Kierpacz
Sedat Gürbüz
Kaloyan Velkov
Vili Viorel Păun
Fatih Saraçoğlu

Wir sind in Gedanken heute bei ihren Familien und Freunden. Ihnen gilt unsere Solidarität, ihnen gilt unser Mitgefühl.

Die Wunden, die die Ermordung der Neun gerissen haben, verheilen, wenn überhaupt, nur langsam. Die Angehörigen haben Fragen, sie zweifeln, sie klagen an, sie sind misstrauisch, sie fordern. Sie hadern mit dieser Tat, die so schrecklich unbegreiflich ist.

Eine Tat, die ein auch in Hanau lebender Mann mit rechtsextremen und rassistischem Weltbild begangen hat. Ein Mann der sich in seiner wirren Phantasie zum Herrenmenschen überhöht und dann in der Wirklichkeit menschenverachtend gezielt losgeschossen hat auf Menschen, die seinem optischen Feindbild entsprachen.

Begangen von einem Einzeltäter so wird es gerne dargestellt. Doch jeder Einzeltäter hat auch einen gesellschaftlichen Hintergrund. Rechtsextremismus und Rassismus werden gerade in Hessen gerne kleingeredet. Doch sie sind heute, wie vor 2 Jahren, ein großes Problem und sind bereits breit in der Mitte unserer Gesellschaft verankert. Rechtsextremismus und Rassismus nähren sich von einem geistigen Klima, in dem immer offener und unverhohlener rassistische und rechtsextreme Ansichten und Meinungen aus der

Mitte der Gesellschaft geäußert werden. Dazu hat die Coronaprotestbewegung und deren offenkundigen Unterwanderung von Rechtsextremisten zuletzt viel beigetragen.

Wir DGB-Gewerkschaften sind uns darin einig: Hass und Gewalt, Rassismus und Antisemitismus sowie jede Form von Diskriminierung dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Hier gilt für uns: Null Toleranz!

In diesem Punkt erwarten wir gerade in Hessen ein klares und eindeutiges Signal der Landesregierung, das dieser Haltung gerecht wird.

Daher erneuere ich heute unsere Forderung, dass in die hessische Verfassung eine Antirassismus-Klausel aufzunehmen ist. Das wäre ein klares verfassungsrechtliches Signal und würde eine große politische Linie vorgeben. Denn rassistisches Gedankengut bedroht unsere Gesellschaft und unsere Demokratie. Das geht uns alle an, deshalb soll es auch in unsere Verfassung. Das Abwehren rassistischer Vereinnahmung wäre dann Staatsauftrag und die aufklärende, präventive Arbeit zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Rassismus und Rechtsextremismus in Hessen würde politisch gestärkt.

Ganz gleich woher unsere Familien einmal kamen, ganz gleich wen wir lieben, ganz gleich welches Geschlecht wir haben, ganz gleich woran wir glauben, ganz gleich in welcher Gegend wir wohnen, wir Gewerkschaften setzen uns dafür ein, dass wir in Frieden frei und ohne Angst leben können.

Dazu braucht es im Alltag ein Miteinander, in dem wir uns solidarisch mit Respekt, Toleranz und Vielfalt begegnen.

Entscheidend ist wie wir uns am Arbeitsplatz, an einem x-beliebigen Platz in Hanau oder wo auch immer verhalten, wie wir dort diskutieren und argumentieren, entscheidend ist welche Haltung wir dort einnehmen und deutlich machen: Hier ist kein Platz für Rassismus und Rechtsextremismus.

Und wir vergessen nicht eure Namen!